

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 31.10.2016

Niederschrift

der 4. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 25.10.2016,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:03 – 21:45 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Marianne Beukemann

Herr Christian Heimbach

Frau Inge Bietz

SPD-Fraktion

(in Vertretung für Stv. Kaminski)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dr. Johannes Dittrich

Frau Dorothe Küster

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Markus Labasch

Frau Dr. Bettina Speiser

(ab 19:06 Uhr)

Stadtverordnete der AfD-Fraktion:

Herr Thomas Biemer

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Herr Matthias Riedl

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Martin Preiß

Außerdem:

Frau Claudia Heimbach	SPD-Fraktion	
Herr Christopher Nübel	SPD-Fraktion	(bis 20:40 Uhr)
Frau Christine Wagener	CDU-Fraktion	(bis 20:40 Uhr)
Herr Joachim Grußdorf	Fraktion B'90/GR	
Frau Christiane Janetzky-Klein	Fraktion B'90/GR	(bis 21:10 Uhr)
Herr Arno Enners	AfD-Fraktion	
Herr Hilmar Jordan	AfD-Fraktion	
Frau Cornelia Mim	Fraktion Gießener Linke	
Herr Hans Heller	FW-Fraktion	(bis 20:40 Uhr)
Herr Thomas Jochimsthal	Fraktion PIR/BLG	

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	(bis 21:15 Uhr)
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	(bis 20:57 Uhr)
Herrn Peter Neidel	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Herr Ralf Pausch	Dezernat II	
Herr Dr. Holger Hölscher	Leiter des Stadtplanungs- amtes	(bis 21:15 Uhr)
Herr Stephan Henrich	Stadtplanungsamt	(bis 21:14 Uhr)
Frau Ines Müller	Leiterin des Amtes für soziale Angelegenheiten	(bis 21:12 Uhr)
Herr Horst-Friedhelm Skib	Stabsstelle Stadtentwicklung	(bis 21:15 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode	Schriefführerin	
----------------------	-----------------	--

Gäste/Sachverständige:

Torsten Bölting	InWIS Forschung & Beratung GmbH	(bis 20:40 Uhr)
Frau Malin Leidecker	InWIS Forschung & Beratung GmbH	(bis 20:40 Uhr)

Entschuldigt:

Frau Ingrid Kaminski	SPD-Fraktion	
----------------------	--------------	--

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
- 1.1. Anfrage gem. § 31 der Frau Nagel vom 20.10.2016 - ANF/0333/2016
Straßenendausbau Wettenbergring -
2. Wohnraumversorgungskonzept STV/0307/2016
- Antrag des Magistrats vom 10.10.2016 -
3. Aufnahme in das Bundesprogramm "Nationale Projekte STV/0280/2016
des Städtebaus";
hier: Bereich Gummiinsel
- Antrag des Magistrats vom 27.09.2016 -
4. Bebauungsplan Nr. GI 03/17 „Ehemaliges Motorpool- STV/0290/2016
Gelände“;
hier: Einleitungsbeschluss zur Aufstellung eines
Bebauungsplanes
- Antrag des Magistrats vom 30.09.2016 -
5. Bebauungsplan Nr. GI 04/27 „Bänninger Gelände“, 1. STV/0302/2016
Änderung (VEP Küchenfachmarkt);
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 30.09.2016 -
6. Bericht zur Verkehrsberuhigung und Querungshilfe STV/0236/2016
Bismarckstraße Liebigschule (Antrag der FDP-Fraktion vom
04.09.2016);
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht vom
29.09.2016
7. Veröffentlichung einer Liste der zu fällenden Bäume in STV/0325/2016
Gießen
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 17.10.2016 -
8. Beitritt zur AG Nahmobilität Hessen STV/0327/2016
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die
Grünen vom 17.10.2016 -

9. Prüfung der Verkehrssituation am Ortseingang bzw. Ortsausgang am Wißmarer Weg/Felsenweg
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.10.2016 - STV/0328/2016
10. Prüfung der Verkehrssituation am Wißmarer Weg
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.10.2016 - STV/0329/2016
11. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

- 1.1. **Anfrage gem. § 31 der Frau Nagel vom 20.10.2016 - Straßenendausbau Wettenbergring -** ANF/0333/2016
-

Anfrage:

„26 Anlieger haben bereits mehrfach - auch über die Tagespresse - die Forderung gestellt, mehr Parkplätze einzurichten. Die Gründe hierfür liegen dem Bau- und Planungsamt vor. Offensichtlich will man im Wettenbergring das aufforsten, was man an anderer Stelle gefällt hat. Im Baugebiet Schlangenzahl wurden lediglich im Schlangenzahl selbst Bäume gepflanzt, nicht jedoch in den Seitenstraßen. Wir werden mit dem Zauberwort ‚Mikroklima‘ abgespeist. Fehler, die an anderer Stelle gemacht wurden, sollen ausgerechnet in unserer Straße ausgebügelt werden. Die Arbeiten wurden bereits begonnen und es ist nun Eile geboten, um die ursprüngliche Planung zu revidieren. Wir möchten MEHR Parkflächen und WENIGER Bäume im Wettenbergring.“

Antwort Stadtrat Neidel: *„Das Tiefbauamt hat Ihnen mit Schreiben vom 19.10.2016 bereits mitgeteilt, dass die Planung ämterübergreifend und mit Frau Bürgermeisterin Weigel-Greulich und mir diskutiert und anschließend überarbeitet wurde.*

Im Vergleich zu der Ihnen vorliegenden Planung werden jetzt fünf zusätzliche Stellplätze vorgesehen und es wird auf einen Baumstandort verzichtet.

Auch mit diesem Zuwachs an Stellplätzen wird im Endzustand weniger Stellfläche als bisher zur Verfügung stehen. Eine Anliegerstraße sollte aber mehr Funktionen erfüllen, als die eines öffentlichen Parkplatzes. Deshalb wird das Konzept der wechselweisen Anordnung von Stellplätzen und Bäumen beibehalten. Neben dem Ordnen der Parksituation war beispielsweise auch sicher zu stellen, dass die Rettungswege und die Wege für die Müllabfuhr freigehalten werden. Ich gehe davon aus, dass mit der

abgeänderten Planung und fünf zusätzlichen Stellplätzen ein guter Interessenausgleich erreicht wird.

Es sind im Übrigen auch Stellungnahmen von einigen Anwohnern eingegangen, die das Konzept der wechselweisen Anordnung von Stellplätzen und Bäumen für gut und richtig halten. Darunter waren auch Eigentümer, die Sie bei Ihrer Liste der Kritiker aufzählen.“

**2. Wohnraumversorgungskonzept STV/0307/2016
- Antrag des Magistrats vom 10.10.2016 -**

Antrag:

- „1. Das Wohnraumversorgungskonzept der Universitätsstadt Gießen wird beschlossen.
2. Es ist damit gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch als Grundlage für die weitere Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen.
3. Es ist darüber hinaus insgesamt die Grundlage des künftigen Handelns der Universitätsstadt Gießen zur Sicherstellung der Versorgung der in Gießen lebenden Menschen mit Wohnraum.
4. Der Magistrat wird gebeten, das Wohnraumversorgungskonzept regelmäßig zu evaluieren und fortzuschreiben.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz nimmt kurz Stellung zur Vorlage und u. a. spricht von einer »Grundlage und Orientierung« für die Stadtpolitik.

Herr Bölting und **Frau Leidecker** vom Bochumer Beratungsunternehmen InWIS, das das Konzept im Auftrag der Stadt erstellt hat, stellen anhand einer umfangreichen PowerPoint Präsentation das Wohnraumversorgungskonzept vor. Die PowerPoint Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Fragen der Stadtverordneten Riedl, Mim, Dr. Preiß, Dr. Labasch, Wagener, Bietz, Geißler, Jochimsthal werden von Herrn Bölting und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz beantwortet.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, AfD; StE: LINKE; FW, FDP).

**3. Aufnahme in das Bundesprogramm "Nationale Projekte STV/0280/2016
des Städtebaus";
hier: Bereich Gummiinsel
- Antrag des Magistrats vom 27.09.2016 -**

Antrag:

„Die Bewerbung im Rahmen des Bundesprogramms ‚Nationale Projekte des Städtebaus‘ für den Bereich der Gummiinsel wird unterstützt. Eine Übernahme des kommunalen Eigenanteils in Höhe von 10 % (107.780 €) wird beschlossen.“

Stadträtin Eibelshäuser erläutert kurz die Vorlage.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Riedl, Dr. Preiß, Bietz, Mim und Stadträtin Eibelshäuser.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

4. **Bebauungsplan Nr. GI 03/17 „Ehemaliges Motorpool-Gelände“;** **STV/0290/2016**
hier: Einleitungsbeschluss zur Aufstellung eines
Bebauungsplanes
- Antrag des Magistrats vom 30.09.2016 -
-

Antrag:

„1. Für den in der Anlage 1 dargestellten räumlichen Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen und eingeleitet.

2. Der Bebauungsplan wird im Vollverfahren mit Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich nimmt kurz Stellung zum Einleitungsbeschluss und merkt an, dass die Planung für das Gelände noch ganz am Anfang stehe. Die Stadt lädt aus diesem Grunde zur Bürgerversammlung am 2. Dezember um 18 Uhr ins ZIBB (Hannah-Arendt-Straße) ein, zu der auch die Stadtverordneten herzlich eingeladen sind.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Riedl, Geißler, Dr. Labasch, Mim, Heimbach und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, AfD, FW, FDP; StE: LINKE).

5. **Bebauungsplan Nr. GI 04/27 „Bänninger Gelände“, 1. Änderung (VEP Küchenfachmarkt);** **STV/0302/2016**
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 30.09.2016 -
-

Antrag:

„1. Die Anregungen seitens dreier Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligungsverfahren zum Planentwurf gemäß § 3 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch/BauGB wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1 a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.

2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. GI 04/27 ‚Bänninger-Gelände‘ 1. Änderung (VEP Küchenfachmarkt) (Anlage 2) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung (Anlage 3) wird beschlossen.

3. Die eigenständigen, gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtliche Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung/HBO (Teil B der textlichen Festsetzungen) werden als Satzung beschlossen.

4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, LINKE, FW, FDP; StE: AfD).

6. **Bericht zur Verkehrsberuhigung und Querungshilfe Bismarckstraße Liebigschule (Antrag der FDP-Fraktion vom 04.09.2016);** **STV/0236/2016**
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht vom 29.09.2016
-

Der Bericht des Magistrats vom 29.09.2016 liegt den Anwesenden vor. (Er ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Stv. Dr. Preiß und Stadtrat Neidel.

7. **Veröffentlichung einer Liste der zu fällenden Bäume in Gießen** **STV/0325/2016**
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 17.10.2016 -
-

Antrag:

„Das Stadtparlament möge beschließen, eine Liste der zu fällenden Bäume -mit Begründung- ab September 2016 bis mindestens Frühjahr 2017 (Beginn der Schonzeit) zu veröffentlichen.“

Begründung:

Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gießen haben zum einen die Bürgerinitiative „Wieseckau“ (ehem. „Stopp diese Landesgartenschau“) gebeten sich dafür einzusetzen, dass eine solche Liste veröffentlicht wird. Auch die Gießener LINKE wurde von vielen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt aufgefordert in Erfahrung zu bringen, wo Bäume gefällt werden sollen, um welche Arten es sich handelt, wie alt diese sind und aus welchem Grund sie gefällt werden sollen. Die Liste sollte allen Interessierten zugänglich sein. Genauere Begründung erfolgt beim Antrag.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich bestätigt auf Nachfrage des Stv. Dr. Preiß, dass es eine entsprechende Liste der zu fällenden Bäume in Gießen gibt. Sie erklärt, dass zukünftig den Fraktionen diese Liste zur Verfügung gestellt und auch auf der Homepage der Stadt Gießen veröffentlicht wird.

Beratungsergebnis: Bis zur Stv.-Sitzung zurückgestellt.

**8. Beitritt zur AG Nahmobilität Hessen STV/0327/2016
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die
Grünen vom 17.10.2016 -**

Antrag:

„Die Stadt Gießen tritt der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen AGNH bei und unterstützt deren Leitlinien (Charta). Der Magistrat wird gebeten, die nötigen Schritte in die Wege zu leiten.“

Begründung:

Seit einem Jahr arbeiten Vertreter aus Kommunen, Verbänden und der Wissenschaft gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung am Thema „Nahmobilität“. Am 17.03.2016 erfolgte die Auftaktveranstaltung, bei der 73 Städte, Gemeinden und Landkreise ihr Interesse an der Mitarbeit bekundeten. Beitritt und Mitgliedschaft sind kostenlos. Weitere Informationen sind unter www.nahmobil-hessen.de zu entnehmen.

Gießen setzt sich schon viele Jahre für Verbesserungen im Rad und Fußverkehr, für Barrierefreiheit und Vernetzung der Verkehrsträger ein. Eine Vernetzung und ein Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen auf diesen Gebieten mit verstärkter Unterstützung des Landes Hessen ist sinnvoll und wird in anderen Bundesländern schon mit Erfolg praktiziert (z.B. Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte NRW u. a.)

Stv. Dr. Speiser begründet für die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Preiß, Riedl, Geißler und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, FW, LINKE; Nein: FDP; StE: AfD).

9. Prüfung der Verkehrssituation am Ortseingang bzw. Ortsausgang am Wißmarer Weg/Felsenweg - Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.10.2016 - **STV/0328/2016**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob die Einrichtung einer Fußgängerquerung am Ortseingang bzw. -ausgang Wißmarer Weg/Felsenweg/Hedwig-Burgheim-Ring zur Verkehrssicherheit der querenden Fußgänger und Radfahrer beiträgt und verkehrstechnisch möglich ist und in diesem Zusammenhang zu überlegen, ob die Versetzung des Ortschildes an den tatsächlichen Ortseingang möglich ist.“

Begründung:

Die im Antrag beschriebene Örtlichkeit ist bezgl. der Verkehrssituation durch folgende Aspekte geprägt:

- Hohe Geschwindigkeit des aus Wißmar kommenden Verkehrs trotz 50 Km/h-Schildern, da das Ortsschild erst auf Höhe des Mildred-Harnack-Wegs steht.
- Ende des aus Wißmar kommenden Radwegs und zur Querung gezwungene Radfahrer.
- Querende Fußgänger, Schul- und Kindergartenkinder aus dem angrenzenden Wohngebiet (sog. „Sandfeld“) auf dem Weg zur Lahn.
- Zufahrt zum Vereinsgelände „Hellas“.

Für alle Nutzer besteht aufgrund dieser beschriebenen Verkehrssituation ein erhöhtes Gefahrenpotential.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich der Stv. Heimbach und Stadtrat Neidel.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

10. Prüfung der Verkehrssituation am Wißmarer Weg - Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.10.2016 - **STV/0329/2016**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen nach STVO getroffen werden können, um den ruhenden Verkehr (Parksituation) anwohnergerechter und verkehrssicherer zu gestalten und die Bedürfnisse der ortsansässigen Gaststätten, Hotels und Restaurants zu berücksichtigen.“

Begründung:

Sowohl der motorisierte als auch der touristische Radverkehr hat im Wißmarer Weg in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die drei am Wißmarer Weg gelegenen boomenden Gaststätten (bes. Marineverein und „Altes Eishaus“) generieren bes. in den Sommermonaten und bei größeren Feiern starken Parkverkehr. Dies führt häufig dazu, dass ausschließlich stadtauswärts und so dicht an Grundstücksausfahrten geparkt wird, dass keine Ausweichmöglichkeiten bei Gegenverkehr bestehen. Ziel muss es sein, dass Grundstücksein- und Ausfahrten auf der gesamten Breite frei bleiben und ein gefahrfreies Ein- und Ausfahren möglich ist (schwerer Verkehrsunfall im letzten Sommer). Zudem sollte erreicht werden, dass der Gehweg beiderseits des Wißmarer Weges auf einer solchen Breite frei bleibt, dass Rollstuhlfahrer, Menschen mit breiteren Gehhilfen oder Kinderwagen nicht gezwungen sind, die Straße zu benutzen und damit massiv gefährdet werden. Häufig ist der stadteinwärts führende Gehweg komplett durch parkende PKW zugestellt. Eine geordnete Parkregelung würde u. U. auch die oft hohen Geschwindigkeiten reduzieren.

Stv. Heimbach, SPD-Fraktion, ändert auf Anregung des Stv. Dr. Preiß den Antrag wie folgt:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen nach STVO getroffen werden können, um den ruhenden Verkehr (Parksituation **im Wißmarer Weg**) anwohnergerechter und verkehrssicherer zu gestalten und die Bedürfnisse der ortsansässigen Gaststätten, Hotels und Restaurants zu berücksichtigen.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

11. Verschiedenes

Vorsitzende teilt mit, dass die nächste Sitzung am Dienstag, 29.11.2016, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) K ü s t e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e